



Yvonne Feri
Ihre Stimme für Kinder
und Gesundheit

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Bern, 18. März 2022

Bericht aus der Session – Nummer 42
Rückblick auf die Frühlingsession

Geschätzte Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Bis zuletzt hatte ich gehofft, dass Russland nicht in die Ukraine einmarschiert, sondern sich auf eine diplomatische Lösung einlässt. Doch ich war zu zuversichtlich. Der Frieden in Europa ist zerbrechlicher als befürchtet.

Seitdem der Krieg am 24. Februar 2022 ausgebrochen ist, denke ich täglich an die vielen notleidenden Menschen im Kriegsgebiet und auf der Flucht: An Menschen, die in der Ukraine von der Versorgung mit Wasser, Strom, lebenswichtigen Medikamenten und Lebensmitteln abgeschnitten sind. An unzählige Vertriebene, die ihre Heimat mit wenig Habseligkeiten und unter grosser Lebensgefahr verlassen mussten. An Menschen, die im Krieg ihr Leben verloren haben. Und an Kriegsdemonstrantinnen und -demonstranten in Russland, die verprügelt und verhaftet werden.

Diejenigen, die die Entscheidung für diesen Krieg getroffen haben und diesen auch wieder beenden könnten, beobachten die Kriegshandlungen aus sicherer Entfernung. Umso wichtiger sind harte Wirtschaftssanktionen, die auch die Mächtigen in Russland treffen, denn Kriegsverbrechen dürfen nicht einfach hingenommen werden. Steigende Energiepreise sind kein Grund, auf ein Öl- und Gasembargo zu verzichten.

Dass die Schweiz ankommenden Flüchtlingen mit dem Sonderstatus S Sicherheit und Zeit gibt, sich zurechtzufinden, ist wichtig. Und auch über die grosse Hilfsbereitschaft und Solidarität in unserem Lande freue ich mich sehr. Die Glückskette konnte viel Geld sammeln und zahlreiche Private sind bereit, ukrainische Flüchtlinge bei sich zu Hause aufzunehmen. So habe auch ich mich dafür angemeldet.



Ich wünsche mir so sehr, dass dieser unsinnige Krieg bald aufhört und sich die Diplomatie doch noch durchsetzen wird!

Herzlichst Ihre

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Yvonne Feri'.

Yvonne Feri
Nationalrätin SP/AG
Präsidentin Stiftung Kinderschutz Schweiz



18.3.2023

Aus dem Nationalrat

Bericht aus der Session

Nummer 42

Rückblick auf die
Frühlingsession...

Ukraine: Der Nationalrat fordert in einer [Erklärung](#) einen sofortigen Waffenstillstand in der Ukraine. Den "völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der politischen und militärischen Führung Russlands gegen die Ukraine" verurteilt der Nationalrat gemäss dem Text zudem "aufs Schärfste". Er verabschiedete seine Erklärung zu Beginn der Frühjahrsession, gegen den Willen eines Teils der SVP-

Fraktion. Die Behandlung der Erklärung im Nationalrat verfolgte eine Zweierdelegation der ukrainischen Botschaft auf der Tribüne im Saal mit. Das Geschäftsreglement des Nationalrats erlaubt es der grossen Kammer, "zu wichtigen Ereignissen oder Problemen der Aussen- oder Innenpolitik" eine Erklärung abzugeben. Rechtlich bindend sind derartige Erklärungen für die Landesregierung nicht, sie sind aber politisch bedeutsam.

Kommentar: *Wer schweigt, stimmt zu. Diesem Krieg darf die Schweiz in keiner Form zustimmen, deshalb braucht es ein klares Vo-*

tum gegen den Krieg und für eine sofortige Beendigung aller kriegेरischen Handlungen.

Stell Dir vor, es ist Krieg und
keiner geht hin.

Carl August Sandburg

Ukraine: Der Nationalrat hat den Sicherheitspolitischen Bericht 2021 des Bundesrates einstimmig zur Kenntnis genommen. Dieser beschreibe die Situation treffend, lautete der Tenor. Mit Blick auf den Angriff auf die Lage in der Ukraine wurden verschiedentlich Stimmen für eine Erhöhung des Armeebudgets laut. "Es müssen weitere Anstrengungen erfolgen und die notwendigen Investitionen freigegeben werden, damit die sicherheitspolitischen Ziele auch erreicht werden", sagte etwa Thomas Rechsteiner (Mitte/Al). Zurückhaltender äusserte sich die Ratslinke. Sicherheitspolitik umfasse viel mehr als die militärische, geopolitische Perspektive. Der Sicherheitspolitische Bericht wird als nächstes vom Ständerat behandelt.

Kommentar: *Wohin führt uns das, wenn nun die ganze Welt als Reaktion auf den Krieg aufrüstet? Aufrüstung ist aus meiner Sicht sicherlich nicht der richtige Weg zu einer Welt in Frieden. Jede Waffe ist eine zuviel.*

Digitalisierung: Der Bundesrat soll einen elektronischen Impfausweis ausarbeiten. Für die Erstellung sollen die Erfahrungen mit dem Covid-Zertifikat genutzt werden. Der Nationalrat stimmte einer entsprechenden [Motion](#) mit 141 zu 41 Stimmen bei drei Enthaltungen zu. Die Covid-Krise habe eindrücklich gezeigt, wie wichtig die Digitalisierung sei, sagte Motionär Marcel Dobler (FDP/SG). Es sei wohl klar, dass ein elektronisches Impfbüchlein, das jederzeit verfügbar sei, sinnvoll sei. Dieses solle aber freiwillig sein und ein papierner Impfausweis weiterhin möglich sein.



Jean-Luc Addor (SVP/VS) stellte sich dem Anliegen entgegen. Das Covid-Zertifikat sei ein Zeichen der Diskriminierung gewesen, sagte er. Es stelle sich die Frage, ob sich das nicht wiederholen werde. Die Motion geht an den Ständerat.

Kommentar: *Die Digitalisierung des Gesundheitssystems in der Schweiz muss dringend vorange-
trieben werden. Auch ich setze mich für dieses Anliegen ein, s. beispielsweise [21.4059 | Monito-
ring zum elektronischen Patientendossier](#)*

Coronavirus: Das Bundesparlament hat zusätzliche 100 Millionen Franken für die Beschaffung von Medikamenten gegen Covid-19 bewilligt. Der Nationalrat ist am Dienstag auf die Linie des Ständerats eingeschwenkt. Damit sind die Nachträge zum Budget 2022 unter Dach und Fach. Grösster Brocken sind zusätzliche 3,4 Milliarden Franken für die Pandemiebewältigung. Die Medi-
kamente sollen Menschen mit geschwächtem Immunsystem zugutekommen. Inhaltlich war die Beschaffung nicht umstritten. Der Ständerat hatte die 100 Millionen Franken indes ohne Antrag des Bundesrats in den Beschluss aufgenommen, der Nationalrat wollte die Mittel ursprünglich auf ordentlichem Weg beschliessen.

Kommentar: *Ich bin erleichtert, dass die Nachtragskredite für die Bewältigung der Corona-Krise vom Parlament gutgeheissen worden sind.*

Velowege: Dreieinhalb Jahre nach der Annahme des Bundesbeschlusses über die Velowege durch Volk und Stände steht das neue [Veloweggesetz](#). Der Nationalrat hat die letzte kleine Diffe-
renz bereinigt. Damit ist das Geschäft bereit für die Schlussabstimmungen. Die Vorlage verpflicht-
et die Kantone, innert fünf Jahren ein Velowegnetz zu planen und dieses innert weiteren 15 Jah-
ren zu realisieren. Das Gesetz definiert verschiedene Grundsätze, wie dies zu erfolgen hat. Velo-
wegnetze müssen beispielsweise "im Grundsatz" zusammenhängend und durchgehend sein, die
Wege sollen sicher und attraktiv sein.

Kommentar: *Ich freue mich sehr, dass die Schweiz fürs Velos immer attraktiver wird. Das Fahrrad
ist einer der besten Fortbewegungsmittel – gesund für Mensch und Umwelt und oft schneller als
andere Fortbewegungsmittel sowie platzsparend.*

Asyl: Asylsuchende, die einen gültigen Lehr- oder Ausbildungsvertrag haben, sollen diese Ausbil-
dung auch nach einem abschlägigen Asylentscheid beenden können. Der Nationalrat hat dazu
eine [Motion](#) aus der FDP angenommen. Arbeitgeber ermöglichten mit Ausbildungen jungen Asyl-
suchenden, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen, sagte Motionärin Christa Markwalder
(FDP/BE). Justizministerin Karin Keller-Sutter sprach sich gegen die 2020 eingereichte Motion aus.
Seither sei einiges geschehen. Asylverfahren würden heute schneller durchgeführt, und die Aus-
reisefrist nach einer Wegweisung könne auf ein Jahr verlängert werden für Personen, die kurz vor
dem Abschluss einer Ausbildung stünden. Die Motion geht an den Ständerat.

Kommentar: *Gut qualifizierte Fachleute braucht es in der ganzen Welt. Junge Menschen haben
auch in ihren Heimatländern eine viel bessere Ausgangslage, wenn sie über eine gute Berufsbil-
dung verfügen.*

Strafrecht: Arbeitsausbeutung soll neu ein Straftatbestand werden. Der Nationalrat hat einen
entsprechenden [Vorstoss](#) von Marianne Streiff-Feller (EVP/BE) mit 101 zu 80 Stimmen bei 8 Ent-
haltungen gutgeheissen. Die Forderung geht nun an den Ständerat. Ausbeuterische Arbeitsver-
hältnisse seien in einigen Branchen zur geduldeten und lukrativen Realität geworden, die Dunkel-
ziffer sei hoch, begründete Streiff-Feller ihren Vorstoss. Justizministerin Karin Keller-Sutter aner-
kannte die Problematik. Für sie ist es allerdings zweifelhaft, ob ein separater Straftatbestand dazu
beitragen könnte, Ausbeutungssituationen besser zu bekämpfen und zu verhindern, wie sie im
Rat erklärte.

Kommentar: *Der Schutz von Arbeitnehmenden muss dringend verbessert werden. Ich denke bei-*



spielsweise auch an Hausangestellte, die in der Betreuung tätig sind, vgl. auch [19.4430 | Verbesserter Schutz für in der Betreuung tätige Hausangestellte](#). Ich hoffe fest, dass der neue Straftatbestand zu einer Verbesserung führt.

Klima: Der Nationalrat lehnt die [Gletscher-Initiative](#) ab, stellt sich aber hinter einen direkten Gegenvorschlag des Bundesrates. Den direkten Gegenvorschlag des Bundesrates nahm der Nationalrat am Donnerstag mit 104 zu 67 Stimmen bei 21 Enthaltungen an. Nein sagten die Grünen und etliche Mitglieder der SVP-Fraktion, die Enthaltungen kamen fast durchwegs aus der SVP. Mit 99 zu 89 Stimmen und bei 4 Enthaltungen beschloss der Rat seine Stimmempfehlung: ein Ja zum Gegenvorschlag, ein Nein zur Initiative. Aber eigentlich hätten viele Ratsmitglieder lieber einen indirekten Gegenvorschlag. An solchen Gesetzesvorschlägen arbeitet zurzeit die Umweltkommission des Nationalrats, bis im Sommer sollen sie dem Rat vorliegen.

Kommentar: *Eigentlich hätten wir vor dieser Debatte einen Spaziergang auf dem Gletscherweg Morteratsch machen müssen, um uns den enormen Rückzug des Gletschers vor Augen zu führen. Für mich ist klar, ich werde ein Ja in die Urne legen, wenn wir über die [Gletscher-Initiative](#) abstimmen.*

Versicherungen: Der Nationalrat will unliebsamen Telefonanrufen von Versicherungsvermittlerinnen und -vermittlern endgültig einen Riegel schieben. Er hat am Montag einer [Vorlage](#) mit 162 zu 12 Stimmen bei 22 Enthaltungen zugestimmt, mit dem den Versicherern - namentlich Krankenkassen - strengere Regeln für Vermittler auferlegt werden. So sollen nicht mehr nur die Telefonwerbung, der Verzicht der Versicherungen auf Leistungen der Call-Center und die Einschränkung der Provisionen im Gesetz geregelt werden. Neu sollen ebenso das Verbot der Kaltakquise, die Ausbildung der Vermittlerinnen und Vermittler und eine Pflicht festgelegt werden, das Gespräch zu protokollieren. Dass es Handlungsbedarf gibt, war im Rat fast unbestritten. Einzig die SVP meinte, man könne das Telefon ja einfach auflegen. Als nächstes berät der Ständerat die Vorlage.

Kommentar: *Die Anrufe sind lästig und kosten den Versicherungen Geld. Ich bin froh, dass diesen Telefonanrufen der Riegel geschoben wird!*

Altersvorsorge: Auch der Nationalrat will die Aufsicht über die AHV, die Ergänzungsleistungen (EL), die Erwerbsersatzordnung (EO) und die Familienzulagen in der Landwirtschaft modernisieren. Oppositionslos ist er auf die [Vorlage](#) eingetreten. Der Ständerat hatte sich bereits in der Sommersession 2021 für die Vorlage ausgesprochen. In der Detailberatung fällt die grosse Kammer aus zeitlichen Gründen keine Entscheide. Der Nationalrat wird seine Beratungen am Donnerstagnachmittag der kommenden Woche fortsetzen.

Kommentar: *Den Sozialversicherungsanstalten obliegt eine grosse Verantwortung. Es ist wichtig, dass die Aufsicht schweizweit einheitlich geregelt wird.*

Berufsbildung: Personen mit einer abgeschlossenen höheren Berufsausbildung sollen nach dem Willen des Nationalrats künftig die Titel "Bachelor Professional" und "Master Professional" führen dürfen. Die grosse Kammer hat mit 129 zu 54 Stimmen bei sieben Enthaltungen eine [Motion](#) von Matthias Aebischer (SP/BE) angenommen. Der Motionär argumentiert insbesondere mit einer drohenden Benachteiligung von Schweizer Berufsleuten bei Bewerbungen im Ausland nach der Einführung einer entsprechenden Regelung in Deutschland. Die Motion geht an den Ständerat.

Kommentar: *Ich begrüsse Massnahmen zur Stärkung der Berufsbildung. Es braucht unbedingt Karriere- und Entwicklungsmöglichkeiten für Berufsleute ohne akademische Ausbildung.*

Armee: Der Bundesrat muss Unrecht aufarbeiten, das Homosexuellen in der Armee bis in die 1990er-Jahre angetan worden ist. Prüfen soll die Landesregierung auch eine Wiedergutmachung.



Mit 132 zu 52 Stimmen und bei 7 Enthaltungen hiess der Nationalrat ein [Postulat](#) aus der SP-Fraktion gut, gegen den Willen der SVP-Fraktion. Dieses fordert einen Bericht zum Umgang der Armee mit Homosexuellen und Angehörigen anderer Minderheiten. Der Bundesrat war mit der Forderung einverstanden. Postulantin Priska Seiler Graf (SP/ZH) berichtete über die Kennzeichnung von Homosexuellen in den Dienstunterlagen, mit den mit Bleistift angebrachten Buchstaben "HS". Ein solcher diskriminierender Eintrag habe für die Betroffenen weitreichende Folgen haben können.

Kommentar: *Die Aufarbeitung von begangenen Unrecht ist für die Betroffenen und für die Gesellschaft wichtig. Ich bin überzeugt, dass Diskriminierung nur weniger werden kann, wenn wir uns als Gesellschaft kontinuierlich und kritisch damit auseinandersetzen.*

Zwangsehen: Der Nationalrat will, dass Ehen, bei denen einer der Partner minderjährig ist, ohne Ausnahme für ungültig erklärt werden. Er hat einer [parlamentarischen Initiative](#) oppositionslos zugestimmt, die 2018 von der damaligen Zürcher SVP-Nationalrätin und heutigen Regierungsrätin Nathalie Rickli eingereicht worden war. Die Kommission für Rechtsfragen des Ständerats muss sich nun nochmals mit der Sache befassen. Sie war bei einer ersten Behandlung der Initiative dafür, gewisse Ausnahmen weiterhin zuzulassen.

Kommentar: *Es braucht verschiedene Massnahmen, um Zwangsheiraten und Zwangsehen in der Schweiz zu verhindern. Ich bin froh, dass das Thema auf dem politischen Radar bleibt.*

Barrierefreiheit: Der Bund soll nach dem Willen des Nationalrats die Grundlagen dafür schaffen, dass Livestreams von Parlamentsdebatten künftig unvertitelt oder in Gebärdensprache übersetzt werden können. Die grosse Kammer hat einer entsprechenden [parlamentarischen Initiative](#) von Gabriela Suter (SP/AG) mit 180 zu 7 Stimmen bei vier Enthaltungen zugestimmt. Nun muss sich das Büro des Ständerats nochmals mit der Sache befassen. Es hatte das Vorhaben im November 2021 abgelehnt.

Kommentar: *Ich freue mich sehr über diese deutliche Zustimmung. Damit Menschen mit Behinderungen politisch partizipieren können, müssen politische Informationen zwingend barrierefrei zur Verfügung gestellt werden.*

Persönliche Vorstösse in der Wintersession:

- [22.7024](#) Gedenktag/ Gedenkstätte/ Gedenkwand für die Corona-Todesopfer (Fragestunde/ Frage)
- [22.3101](#) Zugang zu Orphan Drugs (Interpellation)
- [20.3057](#) Kurzsichtigkeit bei Kindern (behandeltes Postulat, leider Ablehnung)
- [20.3690](#) Zwingend nötige Anpassung des Straftatbestands der sexuellen Belästigung von Kindern (behandelte Motion, Annahme im Nationalrat) [hier geht's zum Votum](#)